spenster zu zitieren, so stehen Sie auf einem Standpunkt, den ich längst überwunden habe und dessen Ueberwindung für die ganze Reichsgesetzgebung durchaus notwendig ist."

Ungewöhnlich zeitgemäß in dem Augenblick, in dem Deutschland durch Adolf Hitlers Tat die Wehrhoheit zurückgewonnen hat, sind Bismarks Gedanken über die Notwendigkeiten eines starken Heeres als der ersten Voraussetzung einer erfolgreichen Friedenspolitik. Bismarck war mit Leib und Seele Soldat und hat es manches Mal bedauert, daß es ihm das Schicksal nicht vergönnt hat, „vor der Front, statt hinter dem Schreibtisch seine Begeisterung für das Vaterland zu betätigen". Seine größte Freude ist, wenn man ihm auch in Zivil den Offizier auf den ersten Blick ansieht. Auf den Höhepunkten seines Wirkens hat er oft im Kampfe mit den Generalen die politischen Notwendigkeiten vor den militärischen durchsetzen müssen; aber er war immer stolz darauf, daß die Armee ihm Unendliches zu danken hatte, und sein historisches Kleid ist und bleibt für uns die Uniform der Halberstädter Kürassiere. Um des Friedens und der Unabhängigkeit des Staates willen war er stets zur Stelle, wenn er glaubte, daß dieses Fundament des Staates in Gefahr sei.

Mit Leidenschaft hat er in der Konfliktszeit, als der Schlagkraft des Heeres von seiten des oppositionellen Landtages die höchste Gefahr drohte, den Kampf für die Arme aufgenommen und seinen parlamentarischen Gegnern zugerufen: „Jeder Staat, dem seine Ehre und Unabhängigkeit lieb ist, muß sich bewußt sein, daß sein Friede und seine Sicherheit auf seinem eigenen Degen beruhen!" Aus dieser Erkenntnis war er im Streit mit den Parlamentariern bereit, jede Folgerung zu ziehen. Ja, als ihm das Parlament die Gefolgschaft versagte, hat er mit soldatischem Mut auf eigene Verantwortung die Heeresreform durchgesetzt, und die Geschichte hat ihn wenige Jahre darauf gerechtfertigt, wie noch keinen Staatsmann zuvor.

Als endlich das Deutsche Reich, wenn auch nur in der realpolitisch damals allein möglichen Form des Bundesstaates, entstand, galt seine größte Sorge weiterhin einem starken, schlagkräftigen Friedensheer. Niemand wußte besser als er, was die Armee für die deutsche Reichseinheit bedeutete: „Ohne unser deutsches Heer", so erklärte er, „wäre der ganze Bund, auf dem das Deutsche Reich beruht, gar nicht zustandegekommen." Immer wieder warnte er, an der Armee zu sparen. Denn ein Staat, der dies täte, würde, wie die Geschichte beweist, seine Unabhängigkeit verlieren. Scharf wendet er sich gegen den oft erhobenen Vorwurf der Unproduktivität der dafür aufgewendeten Kosten: „Gerade wie ein Dach vor dem Wetter schützt, ein Deich vor der Ueberschwemmung, so schützt auch unsere Armee unsere Produktivität in ihrem ganzen Umfange." Und als der Reichstag auf die immer wiederholten Mahnungen nicht hören wollte, da schleudert er den Parlamentariern mit leidenschaftlicher Glut die klassischen Worte entgegen: „An die Armee rühren Sie nicht! Da sage ich Ihnen auch nicht bloß meine Meinung, sondern die Meinung der Majorität der Nation, da hört die Gemütlichkeit auf." Diese Worte sind zugleich der beste Beweis dafür, daß Bismarck dem gesunden Sinn des Volkes in allen entscheidenden Fragen unseres nationalen Lebens stets mehr zutraute, als seinen Vertretern in den Parlamenten.

Aber zu keiner Stunde hat Bismarck im Heer etwas anderes gesehen, als ein Instrument zur Wahrung eines ehrenvollen Friedens. Genau so wie das nationalsozialistische Deutschland seine Wehrhoheit nur zu dem Zweck zurückgewonnen hat, um die moralische und materielle Macht zu besitzen, für das Reich und damit für ganz Europa den Frieden zu erhalten und mit garantieren zu können, so war auch Bismarck, nachdem das Reich gegründet war, stets der Ansicht, daß niemals die deutsche Zukunft durch ein kriegerisches Abenteuer auf das Spiel gesetzt werden dürfe. Das beredteste Zeugnis hierfür ist ein berühmter Ausspruch des Fürsten im Jahre 1876 vor dem Reichstag, als Deutschland in die türkisch-russischen Streitigkeiten auf dem Balkan gezogen werden sollte. Der Kanzler erklärte damals: „Ich werde zu irgendwelcher aktiven Beteiligung Deutschlands nicht raten, solange ich für Deutschland kein Interesse sehe, welches auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre."

Trotzdem haben seine ausländischen Gegner genau so wie heute gegenüber der Friedenspolitik Adolf Hitlers nichts unversucht gelassen, um mit der infamen Lüge von der angeblichen deutschen Eroberungssucht die Weltöffentlichkeit zu vergiften. Aber ebensowenig wie Adolf Hitler ist Bismarck müde geworden, immer wieder zu betonen, daß Deutschlands Friedensliebe deshalb über jeden Zweifel erhaben sei, weil, wie es in den Gedanken und Erinnerungen in heute besonders aktuellen Worten heißt: „Deutschland vielleicht die einzige große Macht in Europa ist, die durch keine Ziele, die nur durch siegreiche Kämpfe zu erreichen wären, in Versuchung geführt wird." Viele Aeußerungen dieser Art ließen sich anführen. Genug, wenn die kurzen Andeutungen einen kleinen Begriff zu geben vermögen, welch unerschöpflicher Born staatsmännischer Weisheit auch für die Gegenwart aus Bismarcks Worten fließt. Aber auch manchen Trost spendet der Eiserne Kanzler für das harte Ringen, das wir noch gegen das Versailler System zu bestehen haben. So, wenn er an Europa die warnenden Worte richtet: „Irrtümer in der Kabinettspolitik der großen Mächte strafen sich nicht sofort, aber unschädlich sind sie nie. Die geschichtliche Logik ist noch genauer in ihren Revisionen als die Oberrechnungskammer." Seine Lehren sind oft von der Nachwelt mißachtet worden, bis uns in Adolf Hitler der Mann erstand, der im Innern vollendete, wozu Bismarck die Grundlagen legte, und der in der Außenpolitik sein fast verwirtschaftetes Erbe wieder in kraftvolle Hände nahm. Und so spüren wir das Wunderbare, daß Bismarck in unserer Zeit wieder lebendig ist, wie nur je ein Held unserer Geschichte. Was er in harten Nöten zu erstreiten bemüht war, das ist im nationalsozialistischen Deutschland in einzigartiger Größe zum seelischen Eigentum der ganzen Nation geworden: Staat, Einheit, Reich und friedliche Macht.

Ein Franzose als Ankläger Litauens

Wie es zu dem Memel-Terror kam

Von unserem Pariser Korrespondenten

Paris, Ende März.

Für die meisten Franzosen war Memel bis vor kurzem genau so unbekannt wie Bolobo im belgischen Kongogebiet, wo jetzt der vor einem Jahr aus Paris, wo er als Präfekt trotz hoher Verdienste in höchste Ungnade gefallen war, nach Aequatorial-Afrika, also tatsächlich in die Wüste geschickte Generalgouverneur Renard mit seinem Flugzeug tödlich verunglückt ist. Durch den Artikel 99 des Versailler Diktates ist im Sommer 1919, wie bekannt, das macht- und wehrlos gewordene Deutschland zum Verzicht auf das uralte deutsche Memelgebiet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte gezwungen worden. Nicht ein Unberufener, sondern ein sehr maßgebender französischer Augenzeuge, der selbst längere Zeit im Memelgebiet sich aufhielt und dem auch die französischen Staatsakten kein Geheimnis sind,

der hochgebildete Abgeordnete Anatole de Monzie,

der schon zahlreichen Kabinetten als Minister angehört hat, berichtet wie alles so gekommen ist, daß es schließlich in dem himmelschreienden Gewalturteil von Kowno ausmünden mußte. (In der Wochenschrift „La Tribune des Nations", 1935, Nr. 19.) Nachdem am 9. Januar 1920 der französische General Le Rond das Protokoll über die Uebertragung der deutschen Hoheitsrechte an die Alliierten mit unterzeichnet hatte, besetzte eine kleine Abteilung französischer Soldaten unter dem Kommando des Generals Odry Memel. Dieser französische General war der Oberkommissar der Alliierten und der erste Gouverneur von Memel. Denn die Entscheidung über das endgültige Schicksal dieses an der äußersten Nordostecke des Reiches von der Heimat losgerissenen deutschen Gebietes hatten sich die Sieger vorbehalten.

Am 12. März 1920 schuf der französische Gouverneur das Landesdirektorium und den Staatsrat

und verlieh dem Gebiet eine eigene Flagge, auf die die Memelländer das alte Wappenzeichen der Deutsch-Ordensritter setzten. Der Nachfolger des französischen Generals wurde bald ein französischer Zivilbeamter, der vorher in Südfrankreich Präfekt gewesen war, Gabriel Petisné. An diesen schrieb Poincaré, damals Ministerpräsident, z. B. am 28. Februar 1922: „Es ist offenkundig, daß das vorläufige Regime unbestreitbare Vorzüge bietet und daß seine Aufrechterhaltung den so glücklich erworbenen französischen Einfluß nur noch befestigen kann." Zur Zeit dieses Zivilgouverneurs Petisné war de Monzie in Memel. Er stellte schon damals fest, daß das Memelland an der Mündung des Njemen den „natürlichen" Ausfuhrplatz, besonders für Ostpreußen, aber auch für das östliche Polen und natürlich für sein litauisches Hinterland darstelle.

Gewisse französische Hoffnungen, sich hoch oben in der Ostsee eine Art französisches Gibraltar zu schaffen, erwiesen sich als undurchführbar,

und die damals allmächtige Botschafterkonferenz mußte sich schließlich auch unter dem Drängen der Memelländer nach einer endgültigen Entscheidung umsehen. Vor dieser Entscheidung war einer der Kundschafter Frankreichs, die ins Memelland reisten, de Monzie. Die Rückkehr ins Reich, also in das angestammte deutsche Heimatland, war den Memelländern durch den Vertrag von Versailles versperrt, und da, so erzählt de Monzie, „trugen die memelländische Handelskammer, die Landwirtschaftskammer, die Handwerkskammer, die Fischereigenossenschaft, der Handels-, Industrie- und Gewerbe-Arbeitgeberverband, die Vereinigung der Landwirte und der Arbeiterbund der Botschafterkonferenz ihren einmütigen Wunsch vor, jede Möglichkeit einer Angliederung an Litauen oder Polen abzulehnen". Aber in Paris selbst fanden sich, wie de Monzie weiter berichtet, trotz des einmütigen Beschlusses aller berufenen Vertreter der Memelländer, am Quai d'Orsay, wo damals der Generalsekretär Berthelot ein eigenes „Nationalitätenbüro" eingerichtet hatte, Verfechter des Anschlusses an Litauen. De Monzie spricht in diesem Zusammenhang von dunklen Intrigen und erzählt, daß in der französischen Presse, jedenfalls nicht ohne höheren Willen, ein früheres Mitglied der französischen Militärmission in Polen, der Major d'Eichegoyen, aufs eifrigste die Abtretung des Memellandes an Litauen vertrat. Durch diese halbamtliche französische Pressepropaganda wurde erst die Kownoer Regierung ermutigt, so vorzugehen, wie sie dann vorging. Lassen wir de Monzie das Wort: „Ende November 1922 wurde eine von der Botschafterkonferenz eingesetzte Kommission beauftragt, um die Vertreter von Memel, Polen und Litauen anzuhören.

Der Memelputsch vom 10. Januar 1923 war nicht etwa improvisiert,

sondern diejenigen, die ihn unternommen hatten, hatten vorher in Paris und womöglich auch in Moskau die entsprechenden Zusicherungen erhalten." De Monzie erzählt dann die bekannte Geschichte, daß „sogenannte" litauische Bauern in Memel eingebrochen seien und daß die 300 französischen Soldaten unter dem Befehl des Obersten Trousson, der jetzt General ist, sehr bald ihre laue Verteidigung gegen diese mit Gewehren und Mitrailleusen wohl bewaffneten Bauern einstellen mußten. Der ungleiche Kampf wäre nach der Darstellung de Monzies wahrscheinlich trotzdem von den Franzosen gewonnen worden, wenn sie wirklich den Befehl erhalten hätten, den Angriff bis zur Ankunft von Kriegsschiffen aufzuhalten. Aber

Poincaré habe den Widerstand nicht für angebracht gehalten, und so sei die französische Trikolore vom Oberkommissariat verschwunden, und die französischen Truppen hätten sich „zu einer demütigenden Heimkehr eingeschifft".

In Frankreich habe sich damals kein Mensch um diesen für die französische Ehre wenig ruhmvollen Zwischenfall bekümmert, der sich in 2000 Kilometer Entfernung vom Palais Bourbon und von den Pariser Boulevards abgespielt habe. De Monzie schließt dann seinen Bericht, sicher nicht zur Freude der Litauer Regierung in Kowno, mit folgenden Worten:

„Es sind nun bald zwölf Jahre her, daß sich Litauen über die Vorhaltungen lustig macht, die es von Zeit zu Zeit von seiten der Auguren der (Genfer) Machtlosigkeit sich zuzieht. Der Held vom Januar 1923, Simonaitis, mit dem Spitznamen „der litauische d'Annunzio", hat recht gehabt, wenn er dachte, daß wieder einmal die Unverschämtheit der Tat die Richtigkeit der internationalen Weisheiten zuschanden machen würde. Diese ganzen 12 Jahre lang herrscht nun ein unaufhörlicher Zwist zwischen dem von Litauen ernannten Gouverneur von Memel und dem memelländischen, durch das allgemeine Stimmrecht erwählten Landtag. Die einzige Rolle, die der Völkerbund dabei gespielt hat, besteht darin, daß er sozusagen diesem Dauerzwist die juristische Form verliehen hat.. **Ich kann nur mit Bedauern an diese falsche Weisheit denken, die uns im Jahre 1923 den Rat eingab, der Auseinandersetzung über die Zuteilung des Memelgebietes auszuweichen, und die jetzt, im Jahre 1935, eine Empörung (der Memelländer), wenn nicht sogar einen Krieg möglich macht."** fel...

Kreuzer „Karlsruhe" nimmt an der Marine-Volkswoche teil. Kreuzer „Karlsruhe" wird bereits am 15. Juni, also während der großen Marine-Volkswoche, wieder in den Heimathafen Kiel einlaufen.

Die Lufteinkreisung Deutschlands

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 30. März.

In dem gleichen Augenblick, in dem in Paris Herr Titulescu als Vertreter der Kleinen Entente mit Laval verhandelt, und in einer Zeit, in der sich der französische Außenminister auf seine Moskauer Reise vorbereitet, die dem Abschluß des Ostpaktes dienen soll, tritt ein französischer

Luftsachverständiger Major André Langeron

mit einem Plan hervor, dessen Ziel die Lufteinkreisung Deutschlands ist. Er beschäftigt sich auch mit „Reformen", die nach Ansicht dieses Sachverständigen in der französischen Luftfahrt erforderlich sind. So wird beispielsweise die Forderung erhoben, Frankreich solle auf den Bau des 35 000-Tonnen-Kreuzers verzichten und lieber die hierfür aufzuwendenden sehr erheblichen Gelder für neue Lustrüstungen ausgeben. Es wird weiter gefordert, daß Frankreich einen Flugzeugtyp entwickele, der „jedem bekannten deutschen Apparat klar überlegen sein muß" und der dann in Serien gebaut werden soll. Interessanter noch als dieser Vorschlag ist, daß Major Langeron ganz klar die

Bildung einer einheitlichen Luftfront Frankreich—Italien—Kleine Entente—Sowjetrußland

fordert. England hingegen soll vorerst aus dem Spiel bleiben, da es schwerlich einem solchen „Verteidigungsbündnis" beitreten würde. An sich werden in diesem Vorschlag ja nur bekannte Linien der französischen Politik weitergeführt, zumal es kein Geheimnis ist, daß schon seit geraumer Zeit eine enge Zusammenarbeit zwischen der französischen und der sowjetrussischen Luftfahrt stattfindet, eine Zusammenarbeit, die schon von Pierre Cot eingeleitet wurde. Wenn nun auch die Kleine Entente einbezogen werden soll,

so wird man sich an ein Wort sowjetrussischer Flieger erinnern müssen, die die tschechoslowakischen Flughäfen südlich Prags schon vor einiger Zeit als „ideale Einsatzhäfen" für ihre schweren Bomber gegen die sächsischen, schlesischen und bayrischen Industriegebiete und gegen Berlin bezeichnet haben.

In der Tat wären für die sowjetrussischen Bombengeschwader nur etwa 1800 Kilometer Luftweg von der Ukraine an der rumänisch-polnischen Grenze entlang und dann durch die Tschechoslowakei bis zu diesen Flughäfen zurückzulegen, um von hier aus zusammengefaßte Zerstörungsangriffe auf die grenznahen und ungeschützten Siedlungen Deutschlands durchzuführen. Dieser Hinweis verdient besondere Beachtung, wenn man sich vor Augen hält, welch ungeheuere Anstrengungen Sowjetrußland unternimmt, um seine Luftflotte auszubauen.

Interessant ist, daß die Franzosen zunächst nicht auf die Mitwirkung der Engländer glauben rechnen zu können.

Ganz offenbar will man aber auch durch die Veröffentlichung eines solchen Planes auf England einwirken. Denn wenn die Engländer sich so sehr für die Schaffung einer Luftkonvention einsetzten, so war dafür nicht die im Aufbau befindliche Reichsluftwaffe maßgebend, sondern vielmehr die ungeheure französische Luftrüstung, die man in England mit steigender Besorgnis verfolgte. So hofft Paris ganz offenbar auch jetzt durch die Veröffentlichung von Plänen wie die des Majors Langeron auf London einen Druck ausüben und England im Sinne der französischen Politik beeinflussen zu können.

Todesstrafe für Frau Jünemann beantragt

Berlin, 30. März.

Im Mordprozeß gegen die 24jährige Frau Charlotte Jünemann, die ihre drei kleinen Kinder Ende Januar d. J. in ihrer Kellerwohnung in der Weinstraße 27 hilflos zurückließ und dem Hungertode preisgab, beantragte der Vertreter der Anklage am Schlusse seines Plädoyers gegen die Angeklagte wegen Mordes in drei Fällen die Todesstrafe und dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Vorher erstattete der medizinische Sachverständige Prof. Müller-Heß sein Gutachten. Zunächst bestätigte er das Ergebnis des Obduktionsbefundes, wonach die Kinder verhungert und verdurstet sind. Zur Frage der Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten erklärte er, daß normale Menschen ein Leben, wie es die Angeklagte führte, kaum begreifen könnten. Ihre furchtbare Tat liege zum Teil begründet in dem ganz oberflächlichen und verkümmerten Gefühlsleben und vor allem in ihrem Mangel an sozialem Einfühlungsvermögen. Der Sachverständige kam zu dem Ergebnis, daß die Angeklagte zwar geistig minderwertig ist, doch müsse das Vorliegen des Paragraphen 51 verneint werden. Sie sei für ihre Tat voll verantwortlich zu machen.

Winkeladvokaten werden nicht geduldet

Berlin, 30. März.

Der Reichsjustizminister hat nunmehr die Zulassung von Prozeßagenten einheitlich für das ganze deutsche Reichsgebiet geregelt. Es handelt sich dabei um Personen, die über eine gewisse Rechtskunde verfügen, ohne daß sie ein voll abgeschlossenes, mit Abschlußprüfungen beendetes Rechtsstudium hinter sich hätten. Die Verordnung verbürgt, daß die z. T. in sehr schlechtem Rufe gestandenen sogenannten Winkeladvokaten in Zukunft ihr das Volk schädigendes Gewerbe nicht mehr ausüben können. Sie schafft aber Raum für geeignete Prozeßagenten. Der Minister bestimmt nämlich, daß

„geeignete Personen" zum mündlichen Verhandeln vor Gericht als Prozeßagenten überall in Deutschland zugelassen

werden können, wenn im Sinne des § 157 Abs. 3 ZPO. ein Bedürfnis zur Zulassung besteht. Sie kann auf einzelne Arten von Rechtsangelegenheiten beschränkt und jederzeit widerrufen werden. Die Zulassungsgesuche müssen über deutsche Staatsangehörigkeit und arische Abstammung aussagen und sind bei dem Vorstand des Amtsgerichts einzureichen, der sie nach Anhörung der Polizeibehörde und etwaigen Ermittlungen weiterleitet.

Attentat gegen den Kaiser von Mandschukuo vereitelt

Schanghai, 30. März.

Der Polizei von Dairen gelang es, einen Anschlag auf den Kaiser Kangteh aufzudecken. 23 unzufriedene Koreaner, die sich von Tschungtien aus in das Gebiet, das der Kaiser auf der Durchreise nach Japan benutzen muß, eingeschlichen hatten, sollen in diesen Anschlag verwickelt sein. Die Polizei hat umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Die Abreise des Kaisers Kangteh nach Tokio wird am 2. April erfolgen.

Rackow bei höh. Schulbildung u. Berufsschulpflicht. Prosp. Allm. 15. Tel. 17137 R. u. Dipl.-Hdl. Dr. Fr. Rackow